

Diese Zeitung erscheint täglich zwei Mal,
Morgens 8 Uhr und Abends 6 Uhr.
Vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 Thlr. 10 Sgr.,
mit Botenlohn 1 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf.
Für Pommern und das übrige Deutschland 1 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf.

Stettiner



Abend-Ausgabe.

Bestellungen nehmen alle Postämter an.
Für Stettin: die Graßmann'sche Buchhandlung
Schulzenstraße Nr. 341.
Redaction und Expedition daselbst.
Insertionspreis: Für die gespaltene Petitzeile 1 Sgr.

Zeitung.

No. 201.

Mittwoch, den 30. April.

1858.

Die Preussische National-Versicherungs-Gesellschaft.

(Schluß.)

Weit ungünstiger war das Ergebniß der Feuer-Versicherung. Zwei Jahre (1848, 1854) brachten Ausfälle, und in den andern rentirte das arbeitende Kapital zu 3-21 pCt. Der Durchschnittsertrag aller Jahre beträgt nur 4 pCt. Zur richtigen Würdigung dieses Resultats darf nicht übersehen werden, daß dasselbe sich viel günstiger stellen würde, wenn die Gesellschaft nicht von einigen ganz abnormen Unglücksfällen betroffen wäre. So wird unter andern durch das unglückliche Jahr 1854, in welchem der Brand von Memel fiel, die Durchschnittsrente allein um 3 pCt. herabgestimmt.

Aber abgesehen hiervon, darf nicht verschwiegen werden, daß man der früheren Verwaltung — ob mit Recht oder Unrecht, lassen wir dahingestellt — den Vorwurf macht, daß sie bei Beurtheilung und Verteilung der Risikos nicht immer mit der hinreichenden Vorsicht zu Werke gegangen sei, und daß manche Schäden bei besseren Dispositionen wohl zu vermeiden gewesen wären. Inzwischen haben die erlittenen Verluste der Verwaltung zur Warnung gedient, sie verfährt jetzt bei Uebernahme von Risiken mit mehr Kritik, und man hofft zuversichtlich, daß die Feuer-Versicherungsbranche unter der umsichtigen Leitung, deren sie sich erfreut, prosperiren und gleiche Erfolge wie die See-Versicherung aufweisen wird.

Wenn es nun auffallend erscheint, daß das Unternehmen trotz dieser ungünstigen Resultate der Feuer-Versicherung immer noch leidliche Dividenden abwarf (in den ersten 5 Jahren durchschnittlich 5 1/2 pCt., in den letzten 9 pCt.), und dabei ein Reservecapital von 255,434 Thlr. (34 pCt. des baaren Einschusses) angesammelt werden konnte, — so darf nicht übersehen werden, daß die glänzenden Erfolge der See-Versicherung die Ausfälle der Feuer-Versicherung zum Theil übertrugen und daß ferner ein nicht unansehnlicher Gewinn durch den vortheilhaften Verkauf von Effekten erwuchs. Dieser letztere betrug 86,271 Thlr., außer dem Verkauf der 2071 bis zum Jahre 1853 reservirten Aktien der Gesellschaft zu gute kam. Der ganze Gewinn des Effekten-Kontos beträgt demnach 237,454 Thlr., und war bis auf 17,980 hinreichend, um den Reservecapital bis zu seiner jetzigen Höhe zu dotiren.

Fassen wir nun endlich die nächste Zukunft dieses Instituts ins Auge, so darf man — unserer Ansicht nach — die allergünstigsten Erwartungen hegen. Nachdem dasselbe mit manchen Widerwärtigkeiten zu kämpfen und manches Lehrgeld zu zahlen gehabt hat, sehen wir es jetzt stichtlich emporblühen. Insbesondere hat die Feuer-Versicherungs-Branche, welche bis dahin der wunde Fleck des Unternehmens war, sich in der letzten Zeit auf das Allergünstigste entwickelt. Es ist bekannt, daß das erste Quartal 1856 ein Plus von 60,000 Thlr. an Prämien-Einnahmen gegen den gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres gebracht hat. Diese Mehr-Einnahme entspringt größtentheils aus der Feuer-Versicherung, so daß dieselbe für das laufende Jahr allein eine Prämien-Einnahme von 8-900,000 Thlr. bringen dürfte. Läßt man das unglückliche Jahr 1855 außer Rechnung, so betrug der Durchschnitts-Ertrag von 1851-55 für diesen Zweig des Geschäftes 12 pCt., und das letzte Jahr ergibt für sich bereits 16 pCt., so daß eine wesentliche Besserung hier nicht zu verkennen ist. Für das laufende Jahr wird außerdem das Effekten-Konto wieder einen ansehnlichen Gewinn abwerfen, den man auf mindestens 50,000 Thlr. veranschlagt. Es steht also zu erwarten, daß das Jahr 1856, wenn nicht besondere Unglücksfälle eintreten, zum erstenmale eine glänzende Dividende liefern, und daß gleichzeitig der Reservecapital wieder sein statutenmäßiges Maximum erreichen wird.

In dem Vorangehenden haben wir versucht, eine auf Zahlen basirte Darlegung des bisherigen Ganges dieses kombinierten Versicherungs-Geschäftes, so wie der darauf für die Zukunft zu begründenden Hoffnungen zu entwerfen, es dürfte nun noch ein Punkt einer besondern Erwähnung verdienen, nämlich die Belegung des nicht aktiven Theiles des Gesellschaftskapitals. Aus einer Mittheilung in der letzten General-Versammlung ersahen wir, daß dasselbe in Hypotheken, in Eisenbahnaktien, außerdem in Wechseln und Lombards angelegt sei. Wenn nun auch gegen die Solidität dieser Anlagen nicht das Mindeste einzuwenden ist, so würden wir es doch vorziehen, wenn die Verwaltung noch einen größeren Theil dieser Kapitalien auf Lombards oder Diskontirungen von Wechseln verwendete. Sie würde dadurch nicht nur dem Stettiner Handelsstande eine wesentliche Hilfe für seine Operationen gewähren, sondern es würde auch der gewährte Kredit rückwirkend der Gesellschaft Vortheile bringen. Bekanntlich ist dieser Gesichtspunkt das Hauptmotiv für die Entstehung der Union gewesen, weniger bekannt möchte es aber sein, daß die Gründer der National-Versicherungs-Gesellschaft dieselbe Tendenz verfolgten, und daher auch dem Institut den Namen „Nationalbank“ beizulegen gedachten, welcher aber höheren Orts nicht gebilligt wurde, und daher mit dem jetzigen vertauscht werden mußte.

Stettin. Der Staatsanzeiger vom heutigen Datum bringt uns nun in offizieller Weise den Wortlaut des Friedensvertrages. Derselbe stimmt durchaus mit dem überein, was wir bereits nach der „Kölnischen Zeitung“ mitgetheilt und nach dem „Dresdner Journal“ ergänzt haben. (Siehe Nr. 192 und 197 der „Stettiner Zeitung.“) In Artikel 4 des Vertrages ist allein statt „Suchum-Kale“, „Kimbarn“ unter den zurückzugehenden Städten genannt und in Artikel 20 muß statt „Belgrad“, „Volgrad“ gelesen werden, wie auch 4 Zeilen tiefer statt „Verminderung“ „Veränderung“ zu setzen ist. Die Eingangsworte lauten:

Im Namen des Allmächtigen Gottes. Ihre Majestäten der Kaiser der Franzosen, die Königin des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Irland, der Kaiser aller Rußen, der König von Sardinien und der Kaiser der Ottomanen, beseelt von dem Wunsche, dem Unheil des Krieges ein Ziel zu setzen, und in der Absicht, der Wiederkehr der Verwickelungen, woraus derselbe hervorgegangen, vorzubeugen, haben beschlossen, sich mit Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich über die Grundlagen der Wiederherstellung und Befestigung des Friedens zu verständigen, und durch wirksame und gegenseitige Bürgschaften die Unabhängigkeit und Integrität des ottomanischen Reiches sicher zu stellen. Zu diesem Ende haben Ihre gedachten Majestäten zu Bevollmächtigten ernannt, nämlich: (folgt die Aufzählung der zwölf Bevollmächtigten Frankreichs, Englands, Rußlands, Sardinien, der Türkei und Oesterreichs mit allen ihren Würden, in- und ausländischen Orden.)

Sodann folgt die an Preußen ergangene Einladung und die Aufführung der preussischen Bevollmächtigten in diesen Ausdrücken:

Ihre Majestäten der Kaiser von Oesterreich, der Kaiser der Franzosen, die Königin des vereinigten Königreiches von Großbritannien und Irland, der Kaiser aller Rußen, der König von Sardinien und der Kaiser der Ottomanen haben nach glücklich unter ihnen hergestelltem Einverständnis in Betracht gezogen, daß in einem europäischen Interesse Sr. Majestät der König von Preußen, Mitunterzeichner der Konvention vom 13. Juli 1841, zur Theilnahme an den zu treffenden neuen Verabredungen berufen werden müsse und, indem sie den Werth, welchen die Mitwirkung Sr. gedachten Majestät dem allgemeinen Friedenswerke hinzufügen würde, würdigen, haben sie ihn eingeladen, Bevollmächtigte zum Kongreß zu senden.

In Folge dessen haben Sr. Majestät der König von Preußen zu Bevollmächtigten ernannt:

Den Herrn Otto Theodor Freiherr von Manteuffel, Ihren Minister-Präsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Ritter des preussischen Rothen Adler-Ordens I. Klasse mit Eichenlaub, Krone und Scepter, Groß-Comthur des hohenjollerischen Haus-Ordens, Ritter des preussischen St. Johanniter-Ordens, Großkreuz des ungarischen St. Stephan-Ordens, Ritter des St. Alexander-Newski-Ordens, Großkreuz des St. Mauritius- und St. Lazarus-Ordens und des türkischen Nischen-Nithar-Ordens u. s. w. *) und den Herrn Maximilian Friedrich Karl Franz Grafen von Hatzfeldt-Wildenburg-Schöenstein, Ihren Wirklichen Geheimen Rath, Ihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am französischen Hofe, Ritter des preussischen Rothen Adler-Ordens II. Klasse mit dem Stern und Eichenlaub, Ritter des Ehrenkreuzes I. Klasse, des kaiserlich hohenjollerischen Haus-Ordens u. s. w.

Die mehrfach erwähnten drei Anträge haben folgenden Wortlaut: I. In Betreff der Revision des Meerengenvertrages vom 13. Juli 1841 vier Artikel, nämlich: Art. 1. Sr. Majestät der Sultan einerseits, erklärt, daß er des festen Willens ist, in Zukunft das als alte Regel seines Reiches unumwandelbar festgestellte Prinzip, und in Folge dessen es zu allen Zeiten den Kriegsschiffen der fremden Mächte unterjocht war, in die Meerenge der Dardanellen und des Bospor einzulassen, aufrecht zu erhalten; und daß Sr. Majestät, so lange sich die Pforte im Frieden befindet, kein fremdes Kriegsschiff in die genannten Meerengen einzulassen wird; und Ihre Majestäten der König von Preußen, der Kaiser von Oesterreich, die Königin des vereinigten Königreiches von Großbritannien und Irland, der Kaiser aller Rußen und der König von Sardinien, andererseits, verpflichten sich, diese Willensbestimmung des Sultans zu achten und sich das vorhin erwähnte Prinzip zur Richtschnur zu nehmen. Art. 2. Wie in früherer Zeit, behält sich der Sultan vor, denjenigen leichten Fahrzeugen unter Kriegsflagge Passage-Pässe zu ertheilen, welche, der Gewohnheit gemäß, im Dienst der Gesandtschaften der befreundeten Mächte verwendet werden sollen. Art. 3. Dasselbe Ausnahmefindet ihre Anwendung auf diejenigen leichten Fahrzeuge unter Kriegsflagge, welche eine jede der kontrahirenden Mächte besetzt ist, an den Mündungen der Donau zu stationiren, um die Ausfuhrung der auf die Freiheit des Flusses bezüglichen Bestimmungen zu sichern, und deren Zahl nicht zwei für jede Macht überschreiten darf. Art. 4. Die gegenwärtige, dem am heutigen Tage zu Paris gezeichneten Hauptvertrage angehängte Konvention

*) Ist seitdem auch bekanntlich mit dem Schwarzen Adler-Orden und dem Großkreuz der Ehrenlegion decorirt.

soll ratifizirt und die Ratifikationen derselben sollen in dem Zeitraume von vier Wochen, oder, wenn thunlich, früher ausgewechselt werden. Zur Beglaubigung dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten dieselbe unterzeichnet und derselben den Abdruck ihrer Wapen beigelegt.

II. In Betreff der Neutralisirung des schwarzen Meeres drei Artikel, nämlich: Art. 1. Die hohen kontrahirenden Theile verpflichten sich gegenseitig, im Schwarzen Meere keine anderen Kriegsschiffe zu halten, als diejenigen, deren Zahl, Stärke und Umfang nachstehend festgesetzt sind: Art. 2. Die hohen kontrahirenden Theile behalten sich ein jeder vor, in diesem Meere sechs Dampfschiffe von fünfzig Metres Länge auf dem Wasserspiegel, von einem Gehalt von höchstens achthundert Tonnen, und vier leichte Dampf- oder Segel-Fahrzeuge, von einem Gehalt, welcher bei keinem zweihundert Tonnen übersteigen darf, zu unterhalten. Art. 3. wörtlich wie Artikel 4. des ersten Annexes.

III. In Betreff der Alandsinseln zwei Artikel, nämlich: Art. 1. Sr. Majestät der Kaiser aller Rußen, um dem Wunsche zu entsprechen, welcher ihm von Ihren Majestäten dem Kaiser der Franzosen und der Königin des vereinigten Königreiches von Großbritannien und Irland ausgedrückt worden, erklärt, daß die Alands-Inseln nicht besetzt werden sollen und daß dasselbe ein militairisches oder maritimes Etablissement weder unterhalten, noch begründet werden soll. Art. 2. wörtlich wie Art. 4. des ersten Annexes.

Deutschland.

*S. Berlin, 29. April. (Herrenhaus.) Nachträglich wird eine Petition der Stadt Aachen, hinsichtlich der Gemeinde-Versaffung der Rheinprovinz, nach dem Vorschlage der Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. — Graf Rittberg spricht den Wunsch aus, der sich als Bedürfnis herausgestellt habe, daß das Haus eine Bibliothek und ein entsprechendes Lesezimmer besitze, und daß hierauf bei dem bevorstehenden Umbau des Hauses Rücksicht genommen werden möge. Auf Vorschlag des Präsidenten wird Dr. Büggemann zum Bibliothekar ernannt. Ueber die notwendigen Geldmittel soll in nächster Session Beschluß gefaßt werden. — Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanz-Kommission über den Antrag des Grafen v. Dönhoff, betreffend die Verminderung der Amortisirung der Staatsschulden. Der Antrag erfährt in der Kommission eine eingehende Berathung, nach deren Schlusse der Vorsitzende folgende Fragen stellte: 1) Wird eine Verminderung der Amortisation der Staatsschulden als angemessen erkannt? 2) Wird anerkannt, daß solche nur im Wege der Kündigung erfolgen darf? 3) Wird anerkannt, daß der Zeitpunkt der Ausführung dieser Maßregel im Allgemeinen der Staats-Regierung anheimzustellen, aber auszusprechen, daß es wünschenswerth sei, sie baldmöglichst und vorzugsweise hinsichtlich der höchstverzinslichen Schuld vorzunehmen? und 4) wird dem Antrage des Grafen v. Dönhoff mit dieser Maßgabe zugestimmt? Diese Fragen wurden von der Kommission einstimmig bejaht. Eine fernere Frage: Ist es angemessen, für künftige neue Anleihen eine Amortisation von weniger als 1 pCt. zu bestimmen? wurde mit 7 gegen 3 Stimmen gebilligt und die Kommission empfiehlt deshalb folgende Resolution zur Annahme: „Der Staats-Regierung zu empfehlen, auf eine Verminderung der jetzt gesetzlichen Amortisations-Raten der Staatsschuld bedacht zu sein, solche jedoch nur im Wege der Kündigung des Angebots des Kapitals, also im Wege des Vertrages, herbeizuführen; den angemessenen Zeitpunkt dieser Maßregel zwar nach ihrem Ermessen festzustellen, jedoch mit derselben hinsichtlich der höchstverzinslichen Staatsschuld baldmöglichst vorzugehen; und bei künftigen etwa nöthig werdenden neuen Anleihen eine geringere Amortisations-Rate als 1 pCt. von Anfang in Aussicht zu nehmen und festzusetzen.“

Nach Einleitung der Debatte durch den Herrn Referenten Grafen v. Spenpliz erklärt sich Graf v. Hoyerden gegen den Antrag, in Anerkennung des Grundsatzes, daß, wer seine Schulden bezahlt, seine Güter verbessere. Bei den Staatsschulden sei viel Unnatur, denn während bei andern der Darlehensgeber auf den Darlehensnehmer Rücksicht nehmen müsse, sei dies bei den Staatsschulden umgekehrt der Fall. Durch Annahme des Antrages würde der Kredit leiden. Auch Graf Rittberg hält den Antrag für sehr bedenklich und nicht für zeitgemäß. Das Prinzip eines guten Haushalts sei, die Schulden so viel wie möglich zu decken und nicht die Tilgung den Nachkommen zu überlassen. Der Schuldzuwachs sei eine notwendige Folge der Kalamität des Jahres 1848, das bisher verfolgte Prinzip der Amortisation habe uns zu einem guten Ziele geführt. Der gegenwärtige Zustand sei ein gesunder und guter und die meisten deutschen Länder hätten sich unserm Prinzip angeschlossen. Im Interesse des Kredits und des Landes liege es aber, so wenig als möglich an dem bestehenden Prinzip zu ändern. Dagegen sei aber darauf einige Rücksicht zu nehmen, daß bei künftigen neuen Anleihen das Amortissement nicht als ein bindendes betrachtet, sondern der Regierung freie Hand gelassen werden müsse. Er empfiehlt deshalb Ablehnung des Antrages. Der Antragsteller schließt sich dem

